



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Gesamtpersonalrat Faulenstraße 14-18 28195 Bremen

Bürgermeister

Björn Fecker

Senator für Finanzen

Rudolf-Hilferding-Platz 1

28195 Bremen

Auskunft erteilt

Burkhard Winsemann

Zimmer 4.05

Tel. (0421) 361 36394

Fax (0421) 496 2215

E-Mail

gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Datum und Zeichen

Ihres Schreibens

Unser Zeichen

(bitte bei Antwort angeben)

5-29 Wi/sch

Bremen, 9. September 2025



Fair handeln für Kinder in armen Ländern
mit der Rest-Cent-Aktion. Infos unter
www.gpr.bremen.de/restcent

Neufassung der „Richtlinien zur Bewirtschaftung von Behördenstellplätzen der Freien Hansestadt Bremen (Land- und Stadtgemeinde)“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Fecker,

wir bedanken uns für die Übersendung des o. g. Richtlinienentwurfs und die Gelegenheit zur Stellungnahme dazu. Für den Gesamtpersonalrat ist es grundsätzlich nachvollziehbar, dass der Senat nach längerer Zeit eine Anpassung der Entgelte beabsichtigt. Jedoch erscheint uns die geplante Erhöhung vor dem Hintergrund der weitreichenden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, die der Senat im Rahmen seiner Beschlüsse zu den Haushaltseckwerten beschlossen hat, unangemessen drastisch und wird deshalb abgelehnt.

Wir geben zudem zu bedenken, dass sich die bisherigen Nutzer:innen von Behördenstellplätzen auf Grund der drastischen Verteuerung nach alternativen Stellplätzen umsehen könnten, was womöglich sogar geringere Einnahmen zur Folge hätte.

Des Weiteren würde der Gesamtpersonalrat es begrüßen, wenn der Senat stärkeres Engagement dafür zeigen würde, den Kolleg:innen Alternativen zum Auto anzubieten und damit auch die Verkehrswende in Bremen voranzubringen. Dazu haben wir wiederholt Vorschläge gemacht, deren Umsetzung leider weiter auf sich warten lässt:

- Die Umsetzung der Entgeltumwandlung für Dienstrad-Leasing nach § 19b TV-L und Schaffung einer entsprechenden beamtenrechtlichen Regelung als Voraussetzung dafür.
- Die Verbesserung der bremischen Fahrradvorschussrichtlinie.
- Eine Bezuschussung des Deutschlandtickets als Jobticket.

Im Rahmen eines Gesamtkonzepts für den öffentlichen Dienst als Akteur der Verkehrswende wäre die Anpassung der Entgelte zwar für die betroffenen Kolleg:innen schmerzlich, aber womöglich mit Blick auf die umwelt- und verkehrspolitische Zielsetzung hinnehmbar. Ein weiteres Ausquetschen der Kolleg:innen für das Stopfen von Haushaltslöchern können wir jedoch nicht unterstützen.

Ein gleichlautendes Schreiben erhält Staatsrat Dr. Martin Hagen.

Mit freundlichen Grüßen

Lars Hartwig
Vorsitzender